

# „Angebot nicht ausschlagen“

## Grünen-Kreistagsfraktion: Antrag zum Radwegebau

**SCHNEVERDINGEN.** Die Kreistagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen hat am vergangenen Mittwoch einen Antrag an den Landrat zum Thema Radwegebau gerichtet. Danach soll der Soltau-Fallingbosteler Kreistag beschließen, zum nächstmöglichen Zeitpunkt mit den Planungen für einen Radweg zwischen Insel und Wesseloh (Kreisstraße 31) zu beginnen. Das teilte jetzt Grünen-Fraktionsvorsitzender Dr. Christopher Schmidt aus Schneverdingen mit. Hintergrund sei ein Angebot der Stadt Schneverdingen, sich an den Planungskosten zu beteiligen.

Die Forderung nach einem Radweg im Norden der Heideblütenstadt ist nicht neu: Seit mehr als zwei Jahrzehnten setzen sich Bürger aus den Ortschaften Insel und Wesseloh für die Trasse ein, erst kürzlich wurde die Bürgerinitiative „Radweg Wesseloh-Insel“ (BRaWI) wiederbelebt

(HK berichtete). Und auch die Grünen-Fraktion hat im Rahmen von Haushaltsberatungen bereits mehrfach den Radwegebau gefordert.

Doch nun solle die Gelegenheit genutzt werden, „endlich Nägel mit Köpfen zu machen“, so Schmidt. Denn: Die Stadt Schneverdingen, „eigentlich für den Bau von Radwegen an Kreisstraßen nicht zuständig“, sei in Vorleistung getreten. Bis auf wenige Ausnahmen hätten die Grundstückseigentümer an der K 31 Bau-erlaubnis-erklärungen unterschrieben und für etwa ein Drittel der Strecke im besonders gefährlichen Bereich bei Eggersmühlen habe die Stadt schon den Grunderwerb getätigt. Nun habe Schneverdingen „noch einen draufgesetzt“, betont Schmidt: Mit Schreiben vom 14. Oktober habe die Stadt dem Landrat angeboten, die Planungskosten zu teilen. Ziel müsse sein, mit fertigen Plänen mög-

lichst bald eine GVFG-Förderung von 60 Prozent in Anspruch zu nehmen. Und selbst für die spätere Realisierung könne sich die Stadt eine Kostenteilung vorstellen, wenn dieses Modell künftig kreisweit praktiziert werde.

Die Kreistagsabgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen hoffen nun, daß mit dem Vorstoß aus Schneverdingen neuer Schwung in den Radwegebau an Kreisstraßen kommen könne. Schmidt: „So ein Angebot kann man nicht einfach ausschlagen.“ Der Landkreis müsse bei einer 60-prozentigen GVFG-Förderung und einer hälftigen Finanzierung der Restkosten durch die Stadt nur noch einen geringen Anteil der Gesamtkosten aufbringen: „Das sollte uns der Radweg wert sein“, so der Grünen-Fraktionschef, der zugleich auf die Verkehrssicherheit für Kinder und Jugendliche hinweist.